

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4spaltige Zeitung 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.



Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 15. April 1879.

Nr. 174.

Deutschland.

Berlin, 13. April. Die zwischen dem Reichskanzler und dem Abgeordneten Windthorst stattgehabte Unterredung hat sich bekanntlich in erster Linie auf die der verwittweten Königin Marie von Hannover zu gewährenden Wittwenpension bezogen. Wie das „D. M. B.“ hört, hat der Reichskanzler an Ausschäfer Stelle darüber Bericht erstattet, und auch im preussischen Staatsministerium ist die Angelegenheit zur Sprache gebracht worden. Die der Königin Marie nach dem hannoverschen Grundgesetz zustehenden 180,000 Mark (60,000 Mark) jährlicher Bezüge an Wittwenpension sollen hier an maßgebender Stelle als eine berechnete Forderung anerkannt worden sein. Diese jährliche Rente von 180,000 Mark wird, wenn im Prinzip zugestanden, der Königin Marie aus den Zinsen des Weltrentenfonds zu zahlen sein, die jährlich gegen 2,400,000 M. betragen. Von einer anderweitigen Regelung des Rentenbetrags ist es jetzt still geworden.

Aus dem Großherzogthum Luxemburg schreibt man dem „D. M. B.“ über die vielbesprochene Testamentsangelegenheit des verstorbenen Prinzen Heinrich der Niederlande: Große Enttäuschung hat hier überall die Meldung eines deutschen Blattes hervorgerufen, wonach der Staatsminister v. Blochhausen am Todestage des Prinzen der Prinzessin den Schlüssel zur Kassette des Erbvertrages abgenommen, in der angeblich das Testament verahrt gewesen sein soll. Blochhausen hat der Staatsminister v. Blochhausen die Prinzessin Heinrich wieder am Todestage des Prinzen, noch während der letzten Tage nachher gesehen und gesprochen. Am nächsten Morgen nach 5 Uhr der Minister Blochhausen und Epochen nach Schloss Walferdinge berufen. Dieselben besprachen dort die zu erledigenden Geschäfte und bekamen die Prinzessin gar nicht zu Gesicht. Weder der Prinz noch die Prinzessin Friedrich Karl wissen etwas von einem hinterlassenen Testament, welches auch bis jetzt nicht aufgefunden ist. Prinz Heinrich hat mit Niemandem über ein Testament oder andere Aufzeichnungen gesprochen, obwohl angenommen wurde, daß er solche bei seiner Verheiratung entworfen. Die Mitteilung, daß die Prinzessin guter Hoffnung sei, ist ebenfalls unrichtig. Im Uebrigen enthalten die Gerüchte über das große Vermögen, welches Prinz Heinrich hinterlassen, der Begründung. Der Prinz hat, wie sich jetzt herausstellt, sehr große Ausgaben gemacht. Hier wird allgemein geglaubt, daß der König von Holland der im Schloß zu Haag residirenden Prinzessin Heinrich, außer der ihr rechtmäßig zustehenden Wittwenpension von 50,000 Gulden jährlich, eine Extra-Dotation werde zukommen lassen. Fürs Erste wird der vom Prinzen Heinrich innegehabte Posten des Statthalters für das Großherzogthum Luxemburg nicht befehrt werden. Prinz Alexander der Niederlande hat seit dem Tode des Prinzen Heinrich das Zimmer nicht verlassen, und der Prinz von Oranien lebt mit seinem Vater, dem Könige von Holland, in stetem Zerwürfniß.

Ein Telegramm meldet uns aus Paris den in Monaco, seinem jährlichen Winteraufenthalte, erfolgten Tod des Gründers und Leiters des Pariser Figaro, des Herrn de Billemeffant, einer der bekanntesten Figuren der höheren literarischen Welt des Pariser Boulevard. Der im Alter von 67 Jahren stehende Mann, der sich selbst den Adel verschaffen hatte — denn eigentlich hieß er Carlier — war nach Paris gekommen, nachdem zwei kaufmännische Unternehmungen, denen er in der Provinz vorgestanden, elend gescheitert waren. Billemeffant war ganz der Mann, um auf dem Boulevard sein Glück zu machen. Nachdem er verschiedene publizistische Unternehmungen gegründet, die keinen Erfolg hatten, gelang es ihm mit dem Figaro ein Blatt herzustellen, welches, anfänglich zwei Mal, dann vier Mal in der Woche und schließlich täglich erscheinend, als treuester Spiegel des Pariser Boulevard-Lebens und Treibens in der französischen Hauptstadt zu einer bis dahin nicht für möglich gehaltenen Macht gelangte, die zunächst in einer Auflage von 40,000 Exemplaren ihren sichtbaren Ausdruck fand. Seine politische Grundstimmung war Herr de Billemeffant sich alle Parteien dienbar und allen Parteien unentbehrlich zu machen, während ihn ein persönlicher Kultus im Allgemeinen und Heinrich V. im Besonderen nicht hinderte, je nach Bedarf kaiserlich, orleanistisch oder thierschisch zu schillern, während er in allen Schattierungen stets gleich chauvi-

nistisch blieb. Billemeffant hatte, wie kaum ein anderer Publizist, obwohl seine Privatbildung so mangelhaft war, daß er nie selbst einen Artikel zu verfassen vermochte, Billemeffant hatte die große Gabe, instinktiv die Talente Anderer zu errathen und an den richtigen Platz zu stellen und da er im Uebrigen dem Grundsatze Kaiser Despassans, dem „non olet“ huldigte, konnte es nicht fehlen, daß sein Blatt prosperirte und er selbst reich und mächtig wurde.

Nach den jetzigen Bestimmungen, welche jedoch noch leicht eine Aenderung erfahren können, wird Graf Schuwaloff am Mittwoch oder Donnerstag, auf seiner Rückreise nach London, Berlin passieren und hier einen kurzen Aufenthalt nehmen, um mit unserem leitenden Staatsmann zu konferiren. Der Graf hatte bei seinen jüngsten Bemühungen zur Erhaltung des Friedens sich der Sympathien, wenn nicht sogar der besonderen Unterstützung des Fürsten Reichskanzlers zu erfreuen. Trotz dieses Rückhalts scheint seine Mission, insofern sie die Herstellung dauernder Zustände in Bulgarien bezweckt, gescheitert zu sein.

Während seines Verweilens in Petersburg traten die Gegensätze in den politischen Anschauungen des Grafen und des Fürsten Gortschakoff von Neuem recht deutlich hervor. Der Letztere opirte in seiner bekannten intrigantischen Weise! Als Schuwaloff den Gedanken einer gemischten Okkupation lebhaft befürwortete, gab Gortschakoff seinen Bedenken Ausdruck, da er jedoch als offener Gegner des Schuwaloff'schen Projekts aufzutreten! Im Geheimen aber setzte er alle Hebel in Bewegung, welche die Verwirklichung des Plans hindern konnten. Er fand in dem Kaiser Nikola, dem italienischen Botschafter, welcher mit ihm sehr vertraut sein soll, und dem Herren Tourner zwei Bundesgenossen, die aus eigenen selbstständig Motiven die Gortschakoff'sche Politik zu der ihrigen machten. Der Zeitpunkt der Entfaltung dieser Machinationen ist noch nicht vorhanden, doch hoffen wir später auf dieselben zurückzukommen.

Ungarn.

Wien, 13. April. Auf die Reklamation des Wiener Kabinetts wegen der Beleidigung des österreichischen Konsuls in Widin antwortete die Petersburger Regierung in der entgegenkommendsten Weise, indem sie ihr „vorläufiges lebhaftes Bedauern“ über den „unangenehmen Vorfall“ ausdrückte und um freundliche Bekanntheit der österreichischen detaillirten Satisfaktions-Forderungen ersuchte. Das Wiener Kabinet wird demnach seine Forderungen formuliren. Der russische Gouverneur in Widin, der sich so brutal gegen den österreichischen Konsul benahm, ist übrigens gar kein Russe, sondern ein Bulgare. Das Wiener Kabinet reklamiert hiergegen in Petersburg und die russische Regierung gewährt sofort die gewünschte Satisfaktion. So wurde die Affaire geschlichtet, ohne daß man von derselben bisher Kenntniß erhalten hätte.

Wien, 13. April. Graf Andrássy kehrt am 19. aus Teresopol zurück. Es werden dann gemeinsame Ministerkonferenzen wegen des serbischen Handelsvertrages und Einbeziehung Bosniens und der Herzegovina in den österreichisch-ungarischen Zollverband beginnen.

Aus Konstantinopel liegt die unverbürgte Meldung vor, daß der Sultan den Rheidive aufgefordert habe, Bignières und Wilson wieder einzusetzen.

Wien, 13. April. Nach der offiziellen „Montagsrevue“ lauten die Nachrichten über die Gestaltung der Verhältnisse Ostrumeliens sehr günstig. Die Ernennung Aleo Paschas (Fürst Bogorides) zum Generalgouverneur mit der im § 28 des Berliner Vertrages vorgesehenen Befugniß, im Falle des Ausbruchs von Unruhen türkische Truppen herbeizuziehen, sei als feststehend zu betrachten. Das Mandat der europäischen Kommission wird um ein Jahr prolongirt; Verhandlungen über die von den einzelnen Staaten zu stellenden Kontingente dauern fort. Oesterreich wird circa 4000 Mann stellen.

Numelien bestreitet die Erhaltungskosten sämtlicher Kontingente. Die von Rußland organisierte Miliz wird aufgelöst und der für diese bestimmte Betrag daselbst verwendbar. Ein Petersburger Korrespondent derselben Zeitung meldet, es verlautet dort, daß für einzelne Punkte Rußlands die Ernennung von General-Gouverneuren beabsichtigt werde, welche in ihrer Person eine Vereinerung bürgerlicher und militärischer Gewalt darzustellen hätten. Für Petersburg dürfte eine solche Ernennung wahrheitsgemäß sehr bald schon erfolgen.

Wien, 13. April. Die „Polit. Corresp.“ meldet: Aus Livorno von gestern: Das russische Gouvernament hat beschlossen, die bulgarischen Wähler beabsichtigt die Fürstenwahl auf den 15. April a. St. einzuberufen.

Die Befürchtung, daß die Notabeln-Versammlung durch die Botirung der Pressefreiheit, des Assoziations- und Versammlungsrechtes kommunistischen und anderen staatsgefährlichen Tendenzen Vorschub leisten, wird von maßgebender Seite als unbegründet bezeichnet, weil sowohl das zu gewärtigende Pressegesetz, als auch das allgemeine Strafgesetz in der fraglichen Richtung genügende Repressionsgewähr bieten werden. Im Uebrigen hat die Minorität der Notabeln-Versammlung wegen Staatsgefährlichkeit der votirten, obzeichneten, freirechtlichen Prinzipien gegen letztere einen Protest eingebracht, über welchen in der nächsten Sitzung verhandelt werden wird.

Die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien, schreibt man der „Pol. Corr.“ aus Rom, waren nie besser und herzlicher als im gegenwärtigen Momente. Das Ministerium Depretis hat Beweise der Loyalität seiner Politik und seines eifrigen Wunsches gegeben, die freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn zu kultiviren. Sein energisches Auftreten den revolutionären Ausschreitungen gegenüber, seine an den Tag gelegte Entschlossenheit, den subversiven Vereinen mit Strenge entgegenzutreten, haben ihm die Sympathien und die Unterstützung der öffentlichen Meinung zugezogen. Die eben beendete Interpellations-Debatte über die von der Regierung gewissen Demonstrationen gegenüber beobachtete Haltung haben dies in glänzender Weise bewiesen. Die bei dieser Gelegenheit in der Kammer gehaltenen Rede und die offenen, entschiedenen und loyalen Erklärungen des Minister-Präsidenten Depretis haben in diplomatischen und parlamentarischen Kreisen einen äußerst günstigen Eindruck gemacht. Auch von der Haltung der Kammer und der Entschlossenheit, mit welcher sie für die Regierung und ihre den revolutionären Leidenschaften gegenüber bewiesene Energie eintrat, kann nur mit der größten Befriedigung Akt genommen werden. Unter solchen Umständen kann die unvermuthete Ankunft Garibaldi's in Rom, auch wenn derselbe wirklich eine agitatorische Thätigkeit zu Grunde liegen sollte, nicht im mindesten alarmiren, da die offenen und energischen Erklärungen der Regierung jeden Zweifel ausschließen, daß dieselbe eventuell allen Agitationen und sonstigen Verwünschungen, die Italien dem In- und Auslande gegenüber komprimirt werden könnten, mit Energie und Entschiedenheit entgegenzutreten und keine anderen Rücksichten, als jene für die öffentliche Ordnung, für die Wahrung der Interessen Italiens nach Außen und Innen walten lassen wird. Uebrigens befindet sich Garibaldi in einem Zustande, der den Gedanken an irgend welche Aktion absolut ausschließt. Er war so schwach, daß er nicht in Spanien, sondern in vollkommen liegender Stellung transportirt werden mußte. Die Spuren schwerer körperlicher Leiden sind auf seinen Gesichtszügen deutlich ausgeprägt, sein Auge blickt matt und theilnahmslos, seine Gestalt ist gebrochen. Der Empfang seitens der hiesigen Bevölkerung war zwar ein respektvoller, von den früheren Ueberschwenglichkeiten und Dotationen war aber nichts mehr zu merken, kurz, Garibaldi scheint in jeder Richtung aufgehört zu haben, gefährlich zu sein.

Paris, 12. April. Gambetta hat angeordnet, daß die Präsidentenstanz im Palais Bourbon in Paris prachtvoll möblirt und eingerichtet werden sollen, da er die Rückverlegung der Kammern nach Paris für zweifellos hält.

Paris, 12. April. Die Begnadigung Blanqui's wird erst nach dem 20. April, dem Tage der Stichwahl in Paris, stattfinden, damit es nicht den Anschein gewinnt, als wolle die Regierung eine Pression ausüben.

Der Stadtrath hat beschlossen, auf einem der bedeutendsten Plätze der Stadt eine Statue der Republik zu errichten.

Rom, 12. April. Die Offizien dementiren die Nachricht, daß die Okkupation Rumeliens an der Belagerung Italiens, sich an derselben zu beteiligen, scheiterte. Die „Gazetta ufficiale“ publizirt eine offizielle Erklärung der französischen Botschaft über die Unwahrheit der dem Militärattaché Hepp zugeschriebenen Insulte gegen Italien. Die „Gazetta italiana“ erklärt dagegen, sie sehe einer Injurienklage des Botschafters ruhig entgegen.

Rom, 12. April. Soeben veröffentlicht das offizielle vatikanische Organ, der „Osservatore romano“, ein offizielles detaillirtes Gutachten über die Vorbereitung zu den politischen Wahlen. Damit ist die Parole für die Wahlen ausgegeben, sich nunmehr definitiv für die Wahlen vorzubereiten. Konservativer Gesinnung und Befolgung der päpstlichen Anordnungen sind Grundbedingung für die Kandidaturen.

Rom, 13. April. Garibaldi überreichte dem Könige angeblich ein politisches Memorandum. Am 21. April wird hier unter dem Vorsitz Garibaldi's eine Konferenz von circa 50 radikalen Parteiführern zusammentreten, am 4. Mai eine große radikale Demonstration stattfinden, gelegentlich der Ueberführung der Gebeine des 1849 im Venetianischen von den Oesterreichern erschossenen römischen Volkshelden Ciceruacchio.

Aus Petersburg kommt der „Slav. Korr.“ folgende an den Czaren gerichtete revolutionäre Proklamation zu, die dort durch drei aufeinander folgende Nächte (31. März, 1. und 2. April) in sämtlichen Straßenden angeschlagen erschien. Die Proklamation, welche die gewöhnlichen revolutionären Embleme und die Bezeichnung „Wola-Semlja“ enthält, lautet in wortgetreuer Uebersetzung:

„An Herrn Alexander Nikolajewitsch.
Die Warnungs- und die Drohbriefe, sowie die Urtheilssprüche, welche wir, die unsichtbaren Anwälte des blutigen unterdrückten russischen Volkes, den verschrieenen Trägern des jetzt in Rußland herrschenden despotischen Regierungs-Systems zukommen lassen, fallen insgesamt in das Bereich unserer vorberreitenden Arbeiten und deshalb erscheinen weder Sie noch die Mitglieder Ihrer Familie vorläufig nicht im Geringsten von einem Strafverfahren bedroht. Vorerst wollen wir den Augiasstall der Despotie in seinen untersten Klauen reinigen, das Volk von administrativen Wüthertümern befreien, welche dasselbe schuldlos in Gefängnisse werfen, dort erbarmungslos züchtigen, hungern und dursten lassen und hierauf des „Anstandes halber“ auf den Galgen oder in die Minen der Polarregionen führen. Wir gehen zu Gericht und werden schonungslos unseres Amtes walten und vor keinem Mittel zurückzucken, welches uns zu unseren erhabenen Zielen führt. Wir werden die Höllenbrut der blutigen Despotie mit Feuer und Eisen vertilgen. . . Dem Hecker rufen Ihre Opfer zu: Morituri te salutamus! Und immer, wollen Sie, Alexander Nikolajewitsch, unsere warnende Stimme nicht hören, um der Tyrannen Halt zu gebieten, so erklären wir Ihnen, daß es schließlich an Tyrannen fehlen wird, welche sich zu ausführenden Organen Ihres Regimes werden ergeben wollen. . . Und wollen Sie unserer Stimme kein Gehör schenken, so erhören Sie die Stimme der „rechtmäßigen“ Vertreter des Volkes: die Stimme der Provinzialvertretungen (Zemstwa), welche eine bloß „freiwillige Gesetzgebung“ (swobodniejscheje ustrojstwo) verlangen. . . Wohin soll endlich dieses System Rußland bringen? Die civilisirte Welt verhöhnt und verachtet uns, spricht uns die Menschenwürde ab. Materieil ist ganz Rußland zu Grunde gerichtet. Unsere großen und unerlöschlichen Hilfsquellen sind dem Verfall nahe gebracht worden. Das Bildungssystem in Rußland ist ein Verdummungssystem im vollsten Sinne des Wortes geworden. Die Arme Ihrer Thronwölfe ist nichts Anderes, als eine grausame und unerfällliche Diebesbande. Die Justiz spricht der Gerechtigkeit Hohn. Ihre Gouverneure, Polizeimeister und Generale sind wahre Satrapen, welche eines Verres oder Darius würdig erscheinen. Ueberall, wohin man blickt, Dummheit, gepaart mit Grausamkeit, wollüstige Verschwendungssucht, vereint mit der nimmermüden Volksausfauerei. . . Nur der Militarismus erfreut sich Cureschets einer väterlichen Pflege und Gunst. . . Bedenken Sie, Alexander Nikolajewitsch, wohin das Alles führen wird und muß. Sie

